

Volke-Zeitung

Dreilundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts. Zustellungsgebühr. Derstellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im am 15. Zeitungsbereich unter Halle-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Halle-Zeitung gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133; Postfach-Roma Leipzig Nr. 4609.

Anzeigen

werden 8. Spalten, 34 mm Bre. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Anzeigenblättern u. allen Anzeigenblätter ab 92 mm Bre. Millimeterzeile 12 Pf. Anzeigen-Annahmeschluss vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Bl. ab 3. Uhr. Abbestellungen, soweit zu machen, müssen spätestens 10 Tage vor Ablauf des Monats erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle, Neue Dromaden 13, Dr. Braunhauer. 17. Neben-Vertriebsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 586.

Halle, Montag, den 15. Dezember 1919.

Einzelpreis 15 Pf.

3,8 Milliarden Anleihe-Ergebnis.

Das vorläufige Ergebnis der Zeichnung auf die Deutsche Spar-Prämien-Anleihe.

WTB, Berlin, 15. Dez. Das Ergebnis der Zeichnung auf die Deutsche Spar-Prämien-Anleihe beträgt, so wie sich aus den bisher eingelaufenen Teilergebnissen ergibt, rund 3,8 Milliarden Mark. Das Ergebnis wird sich aber voraussichtlich noch durch aus dem Ausland eingehende Nachmeldungen erhöhen. Ein abschließendes Ergebnis kann erst nach Einlaufen der endgültigen Meldungen, die Ende dieses Monats zu erwarten sind, bekanntgegeben werden. Besonders hervorzuheben ist zu werden verdient die außerordentlich große Anzahl kleiner Zeichner auf ein und zwei Stüde.

Stadtvorordnetenwahlen in Danzig.

WTB, Danzig, 15. Dez. Bei den gestrigen Wahlen zur Stadtvorordnetenversammlung wurden in 132 Bezirken insgesamt 80 000 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die deutsche nationale Partei 18 351 Stimmen, gewählt 14 Abgeordnete, Polen 7391 Stimmen, 5 Abgeordnete, vereinigte sozialdemokratische Partei 26 554 Stimmen, 20 Abgeordnete, Zentrumspartei 11 271 Stimmen, 9 Abgeordnete, deutsches demokratische Partei 13 032 Stimmen, 9 Abgeordnete, wirtschaftliche Vereinigung 13 101 Stimmen, 10 Abgeordnete.

Streif in Berliner Warenhäusern.

Berlin, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) In den vier Warenhäusern der Firma M. Wertheim sind heute vormittag die Handwerker, Handwerker, Heizer und das übrige technische Personal in den Streik getreten. Es handelt sich um eine Forderung, die vor 14 Tagen an die Aktion der Firma gerichtet wurde, und die eine außerordentliche Verteilung von 300 Mt. betrifft. Die in Frage kommenden Arbeitervereine hatten sich gestern im Vorhinein verständigt, um für die der Firma jeweils bestimmten Forderungen einzustehen. Sie erklärten, daß jetzt während des Streiks nicht möglich sei, für einen Lohnaufschlag der Bekleidungsfirmen zu zahlen. Die Firma ist auch in der Lage, diese Summe zu zahlen, da die Einnahmen im Monat November 56 Millionen betragen hätten. Unter diesen Umständen sei die Forderung der etwa 1200 Arbeiter, die insgesamt 300 000 Mark betragen, abzulehnen. So von Seiten der Firma eine Antwort auf die Forderung nicht erlangen ist, so müßte die Arbeitsbeschaffung zur Erhaltung der Bevölkerung erfolgen. Im Laufe des Vormittags sind Versuche unternommen worden, zu Verhandlungen zu gelangen.

Banraub in Rachen.

Hachen, 15. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Ein heftiger Banraub ist am Sonntag in Rachen verübt worden. Im Banhaus Proß & Co. erschien eine Personlichkeit in baltischer Hauptmannsuniform in Begleitung von fünf Schützen und sechs bewaffneten Begleitern. Der Mann gab an, er sei Major des baltischen Militärkorps zu sein, und er sei gekommen, um eine Bilanz vorzunehmen, ob sich in dem Besitz des Inhabers des Banhauses Wertgegenstände befinden, die in Belgien im Jahre 1915 gestohlen worden seien. Er zeigte auch eine Urkunde, die den Stempel des belgischen Militärkorps trug. Dann beschlagnahmte er den Proß, den Rachen zum einen. Nach diesem diesem Rachegeleit war, schickte der Hauptmann die Angestellten nach Haus. Dann wurde der Banraub selbst in sein Wohnzimmer einbezogen und von einem Schützen und drei belgischen Soldaten bewacht. Nach einer Viertelstunde erschien der Hauptmann wieder und schickte die Schützen und die Banhausbesitzer in ihre Wohnhäuser zurück, nachdem er zuvor vorher schon einen Banraub mit den aus dem Kellerfenster heraus und in einen Keller verpackten Gegenständen gemacht hatte. Er handelte sich um etwa 170 000 Mark in belgischem Geld und 75 000 belgischen Kronen und anderen Wertsachen. Da der Banraub sofort den Banraub eines Raubes hatte, was er seinen Dienst an, mit einem bewaffneten Schützen den Keller des Banhausbesitzers in die Hand. D. Hauptmann sprach sich die belgische Wache und ließ dann allein zu Fuß zum Kellerfenster, wo er in der dortigen Verbindungswand verankert, mochte er als Soldat in Uniform mit dem Keller fenster. Mitgenommen und der belgischen Wache ausgeliefert wurde. Er gab an, Kravatte zu sein. Seine Personalia sind noch nicht wiederholt. Das geraubte Geld wurde dem Banraub wieder zurückgeliefert.

Ein bayerischer Antrag über eine allgemeine Arbeiterruhe.

Berlin, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Das bayerische Ministerium für soziale Angelegenheiten hat beim Reichsarbeitsministerium die Einführung einer allgemeinen Arbeiterruhe unter gleichzeitiger Forderung der Lohnsteigerung in der Wirtschaftswirtschaft für das ganze Reich angetragen. Die bayerische Regierung plant, wenn die Lohnsteigerung in dieser Angelegenheit an sich vorantreiben sollte, dem Antrag aufzutreten zu können, wenn von der gewünschten Einigung der Arbeiter und die für die allgemeine Fortführung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Bedingungen

ausgeschlossen werden. Man gehe dabei von der Ansicht aus, daß durch die Arbeitsbeschaffung in gewissen vorläufig wichtigen Betrieben der Konsum etwas verringert werden könne.

Die Londoner Konferenz beendet.

Wagen, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Der Korrespondent der Berliner „Nationalzeitung“ meldet aus Paris, daß die Londoner Konferenz vorgestern, Sonntag, abend 6 Uhr nach dreitägiger Dauer beendet worden ist. Ueber ihr Ergebnis liegt offiziell keine Meldung vor, doch werden als Resultate u. a. aufgeführt: 1. Die Räumung von England und Frankreich erkennen die Diskussion von Fiume nicht an. 2. Die amerikanischen Vorbehalte. England und Frankreich bestreiten dem, daß der Vertrag mit Frankreich ausschließlich von den Vereinigten Staaten ratifiziert werden. 3. Rußland. -- Mit der Sowjetregierung wird nicht verhandelt. 4. Türkei. Die deutsche Forderung der ganzen türkischen Frage sei unverzüglich in die Hand zu nehmen.

Sowjetrußland und die Kriegsgefangenenfrage.

London, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet, daß die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und der Sowjetregierung bis Ende des Monats verschoben wurden. D. G. G. teilte dem „Times“ Korrespondenten in Kopenhagen mit, daß das Verprechen der Sowjetregierung, die Kriegsgefangenen auszuliefern, von derselben zurückgenommen wurde. Kinninmond scheint Verweigerungspolitik zu verfolgen.

Ministerwechsel in Paris in Sicht.

Genève, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) In der Londoner Zeitschrift Clemenceau äußert sich ein weiteres Gerücht von einem bevorstehenden Ministerwechsel. Es sei aufzufassen, daß der Direktor der politischen Abteilung im Ministerium des Auswärtigen Kontakt mit Clemenceau nach London reiste, während der Minister Wilson in Paris blieb. Aus einer gewissen Mäßigkeit, die an Wilson in letzter Zeit aufgefressen ist, der sich wenig mit den Anfeindungen im Ministrium beschäftigt, folgert man, daß Wilson bald durch Berthelot ersetzt werden werde, der aber nichtigen Ansehenslosigkeit in der letzten Zeit bereits selbständig bearbeitete.

Frankreichs Forderungen an England.

Lugano, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Der Londoner Vertreter des „Corriere della Sera“ hebt hervor, daß Frankreich von England verlangt habe, dieses solle ihm Garantien zuwenden gegen jeden nicht neutralen Angriff Deutschlands unabhängig von dem Vertrag Amerikas zum Garantievertrag. England liebt aber noch unentschieden geblieben.

Suchbares Judenpogrom in Kursk.

WTB, Paris, 14. Dez. Nach einer Depesche des „Times“ aus Odessa sollen die Bolschewiken fast die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt Kursk, die gescheit haben, ermorden wollen. Die jüdischen Antisemitischen, Intellektuellen, sowie die besten Bürgergelehrten vor ein revolutionäres Gericht gestellt und nach einem kurzen Verfahren hingerichtet worden.

Villas Räuberden in Mexiko.

WTB, Paris, 14. Dez. Laut „New York Herald“ sollen die Truppen des Generals Villa zwei Amerikaner und einen Engländer gefangen genommen haben. Der Engländer sei entlassen worden, für die Freilassung der beiden Amerikaner sollen die Mexikaner je 10 000 Dollar fordern.

Keimar Hobbling 7.

WTB, Berlin, 15. Dez. Der Verleger Keimar Hobbling ist gestorben.

Ein Unfall Clemenceaus.

Paris, 14. Dez. Nach einer Hausnachricht wurde Clemenceau während der Ueberfahrt nach London auf der Kommandobrücke des Zerstörers „Teneriffe“ gegen einen Masten gestürzt und erlitt leichte Konklusionen, konnte aber trotzdem den Sitzungen beiwohnen. Der Ministerpräsident traf heute nachmittag wieder in Paris ein. Ueber das Ergebnis seines Besuchs in London erwiderte ihm Clemenceau „äußert keine Worte“. Bei der Ausreise habe sich „vollkommen heiler Einwirkung“ ergeben. Eine spätere Hausnachricht aus Paris meldet: Dr. Zuffe unternahm Sonntag abend Clemenceau in seinem Arbeitszimmer im Regierungsbüro und hatte einen unglücklichen Sturz von der Treppe. -- Die auf Montag anberaumte Sitzung des „Bureau“ wurde auf den 21. nach tag verschoben, an welchem Tage nachmittags Staatskanzler Dr. Kaizer angeführt wird. Es wird jedenfalls heute noch von Clemenceau empfangen werden.

Der demokratische Parteitag.

Zu der Nachmittags-Sitzung des Sonabend sprach u. a. auch Reichsminister A. D. W. G. Er bemerkte eingangs, daß er kein „Nomen verbot“ sei. Man dürfe nicht vergessen, daß wir leistunglos sind. Man müsse moralische Eroberungen machen und das Gewissen der Welt wachrufen. Andererseits müsse man wirtschaftliche Verbindungen aufknüpfen. In der Welt müßte Arbeit geschaffen werden über die Ursachen des Krieges. Er sei der letzte, der alle Schuld auf die deutschen Führer schiebe. Es sei klar und richtig gemeint, daß Deutschland selbst mit der Unternehmung anfangen. Er habe viel auszusagen an dem 1. und 2. Januar. Er habe aber an der vorgelagerten Entscheidung. Er habe erst am 15. Sitzungstage Abschriften von den Akten bekommen. (Stört, brüllt) Das man sein richtiges Urteil von den Ausführenden Verhandlungen bekommen habe, liegt an der Vertikalisierung der Presse, die Entlastungen herausgegriffen habe. Im Interesse der Unparteilichkeit habe er Sündenbündel und Sündenbündel nicht mehr Rechte gestiftet können, als jene Vorgänger den anderen Reagen gewährt haben. Somit hätte das Ausland gelang. Es seien alles Ereignisse. Das Ganze sei zu antiepileptischen Zwecken ausgenutzt worden. Er bedauere auch die Bekämpfung durch einzelne Drogue der Partei. Die Demokratie müsse die Führung übernehmen für Arbeitsmoralen und Sittlichkeit. (Wohlgelahrter Beifall.)

Minister A. D. Preuß (Berlin) verlor Selbstvertrauen für die Partei. Man höre zu viel Klagen über die Partei und Klagen über den Reichsbankrott. (Sehr richtig!) Die äußere Politik werde von der inneren Politik abhängen. Wir können nur diplomatisch etwas erreichen, wenn wir die geistigen Machtmittel hinter uns haben. Das Vorgehen der Reichsparteien disorientiert Deutschland. Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Ausdruck freier Zukunftshoffnung für die demokratische Partei.

Der Vorsitzende Dr. P. T. (Hamburg) hält es vor der Ratifizierung des Friedensvertrages, wo die Gegner auf jedes Wort hören, nicht für angebracht, über auswärtige Politik zu sprechen. Der Untersuchungs-ausschuß sei die demokratische Wache gegen den Untersuchungs-ausschuß mitzugehen. (Sehr richtig!) Die wichtigste Aufgabe sei es, Wahrheit und Klarheit vor den Wahlen zu verbreiten. Man solle auf dem Parteitag hauptsächlich des Untersuchungsausschusses keine politischen Entschlüsse fassen.

In der Sonntags-Sitzung nahm zunächst das Wort Dr. A. H. (Ludwigshafen, M. d. N.). Er vertritt sich über die

Allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Die Arbeitslosigkeit und der arbeitenden Bevölkerung sind nicht so gering, wie man es sich gemahnt hätte. Die Arbeitslosenunterstützung wurde häufig von gewissen Kreisen mißbraucht. Als weiteres Moment unserer traurigen Wirtschaftslage komme die wirtschaftliche Anhebung durch unsere Feinde. Der Absatz nach dem Ausland sei vorläufig praktisch vollkommen unterbrochen. Ein weiterer Punkt sei dann darin zu erblicken, daß unser Verkehrswesen vollkommen ruiniert sei. Bei unseren Eisenbahnen sollte es an Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung. Kasse werde der Bahn wohl zugewendet, aber sie nehme

andere Wege als in die Lokomotiven.

Die Hauptschuld an der darniederliegenden Wirtschaftslage trage ferner der schlechte Valuta stand. Das für sei vor allem der Mangel an Vertrauen im Ausland zu dem deutschen Verhältnissen verantwortlich zu machen. Wenn wir unseren schlechten Valutastand beiseren wollten, so müßte so teuer wie irgend möglich an das Ausland verkauft werden. Wir müssen zu einem freien Handel und zu einer vollkommen freien Wirtschaft möglichst bald kommen. Die Rohpreise müssen mit Rücksicht auf die Unruhen-Situationen erhöht werden. Eine wirksame Entlastung der Arbeiter durch die Produktion nicht. Rohstoffe müssen der Staatsverwaltung freigegeben werden. Wie kann der schlechte Valutastand entgegengegriffen werden? Wir müssen dem Uebermaß an Zahlungsmitteln entgegenarbeiten dadurch, daß wir vermindern, daß unzulässigerweise neue Zahlungsmittel an den Tag gegeben werden. Dazu gibt es nur den einen Weg, durch die Steuererhebung dafür zu sorgen, daß unbedeutend alle Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinden aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, und nicht wie bisher auf dem Wege der Anleihen. Das Platopfer ist eine demokratische Forderung, und wir werden es bewilligen müssen, schon deshalb, weil für die Arbeitslosen ausdrücklich für die nächsten zehn Jahre besondere Ermäßigungsätze Platz gefunden haben. Das Fehlen der Saluta hat das Reichsplatopfer zweifelslos milder gestaltet. Wir wollen trotz sein, wenn es die 60 Milliar-



